

Anfragen zum Plenum in der 48. Kalenderwoche

Verzeichnis der Fragenden mit Fragen (alphabetisch)

Benjamin Adjei
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, was ist der aktuelle Stand der Umsetzung des Antrags „Mehr Geld für Start-ups – Stiftungen als Kapitalgeber für Start-ups gewinnen“ (Drs. 19/5951), welche rechtlichen oder regulatorischen Hindernisse wurden bei der Prüfung identifiziert, und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, um bayerische Stiftungen zur Investition in Venture Capital-Fonds zu bewegen?

Horst Arnold
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie sich anlässlich der Ausführungen der Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Ulrike Scharf in der 63. Sitzung des Landtags zur Personalausstattung im bayerischen Maßregelvollzug der aktuelle Stand der Ist- und Sollbeschäftigung in allen bayerischen Maßregelvollzugseinrichtungen darstellt, aufgeschlüsselt nach Einrichtung, Berufsgruppe und gegebenenfalls relevanten Vollzeitäquivalenten?

Oskar Atzinger
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung aufgrund von der Kultusministerkonferenz für die nächsten Jahre prognostizierten steigenden Schülerzahlen zu unternehmen?

Jörg Baumann
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Blockadeübungen von „Widersetzen“-Gruppen und anderen linksextremen Gruppierungen in Bayern fanden als Vorbereitung auf die Gießener AfD-Jugendgründung statt, wie wird der Übergang von „gewaltfreiem Training“ zu realen Blockaden bayernweit rechtlich geprüft und wie hängen „die Widersetzen“-Gruppen mit den Strategien links-extremer Gruppen wie der „Interventionistischen Linken“ zusammen, die im Freistaat Anti-AfD-Aktionen koordinieren?

Nicole Bäumler
(SPD)

Nachdem im Aufenthaltsgesetz (AufenthG) verankert ist, dass Minderjährige und Familien mit Minderjährigen grundsätzlich nicht in Abschiebungshaft genommen werden (§ 62 Abs. 1 Satz 2 AufenthG), wobei unter sehr engen Voraussetzungen jedoch Ausnahmen möglich sind, frage ich die Staatsregierung, wie viele Kinder und Jugendliche wurden gemeinsam mit ihrer Familie 2025 in Abschiebungshaft genommen, welche konkreten Sachverhalte lagen diesen Fällen zu Grunde und wie lange erfolg-

te die Inhaftierung (bitte den Haftort angeben)?

Johannes Becher
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder zum Kabinettsbeschluss über den Doppelhaushalt 2026/2027 am 11.11.2025 verkündete: „Allein 60 Mrd. Euro geben wir im Bereich Bildung aus, denn Kinder sind unsere Zukunft. Dafür investieren wir künftig alle Mittel des Familiengelds direkt ins System. Insgesamt schaffen wir so 150 000 neue Plätze bei Kitas sowie 1 500 neue Lehrerstellen bei Schulen.“¹ und den Ausspruch tat „Betreuungsplatz vor Direktzahlung“, jedoch Staatsministerin Ulrike Scharf darauf hinwies, dass mit den eingesparten Mitteln durch das gestrichene Familiengeld kein einziger neuer Platz finanziert werde, sondern es dafür einen extra Topf im Haushalt gebe, frage ich die Staatsregierung, auf welche Summe sich nach der Streichung des Familien- und Krippengeldes die zusätzlichen finanziellen Mittel für die Betriebskostenförderung der Kitas in 2026/2027 (bitte aufschlüsseln nach Haushaltsjahr) nach den Plänen der Staatsregierung, in Relation zur Förderung durch die Staatsregierung im Jahr 2025, belaufen werden, nach welcher Methodik diese Mittel an die derzeit 10 800 Kitas in Bayern verteilt werden und wie gewährleistet wird, dass der Freistaat wie durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Staatsministerin Ulrike Scharf in Augsburg verkündet² die Kosten der Reform alleine trägt und keine Beteiligung der Kommunen angesichts deren angespannter Finanzlage erfolgt?

Andreas Birzele
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kosten entstehen durch den rückwirkenden Ausschluss ukrainischer Geflüchteter aus dem Bürgergeld für den Freistaat und die einzelnen Landkreise (bitte alphabetisch auflisten), wie wirkt sich dies auf die Unterbringungssituation in den Kommunen aus und welche Maßnahmen plant die Staatsregierung, die Kommunen organisatorisch und finanziell bei der Umsetzung von zusätzlichen Aufgaben zu unterstützen, falls Ukrainerinnen und Ukrainer etwa in Obdachlosigkeit fallen?

Martin Böhm
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Fachkräfte wurden im Rahmen des „Modellprojekts Äthiopische Fachkräfte für den bayerischen Arbeitsmarkt“ bislang an bayerische Betriebe vermittelt (bitte nach Branchen aufschlüsseln)?

Florian von Brunn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wieso sie sich vor dem Hintergrund der US-Sanktionen gegen Mitarbeiter des Internationalen Gerichtshofs, u. a. der Sperrung von Microsoft-Postfächern, des von Bundeskanzler Friedrich Merz einberufenen EU-Gipfels zur Digitalen Souveränität und des Wechsels anderer Bundesländer zu OpenDesk für die Microsoft Cloud entscheidet, wie sie die Kooperation mit Google begründet, obwohl Staatsminister Dr. Fabian Mehring unsere digitale Abhängigkeit von den USA mit der von russischem Gas verglichen hat (am 22.10.2025 im BR), und wie sie die Forderungen europäischer Techverbände und

¹ <https://www.csu.de/aktuell/meldungen/november-2025/soeder-investieren-konsolidieren-reformieren/>

² <https://www.stmas.bayern.de/aktuelle-meldungen/pm2510-304.php>

bayerischer Unternehmen nach strategischer Autonomie und Bevorzugung eigener Lösungen (vgl. SZ vom 17.11.2025) bei der Beschaffung bewertet und umgesetzt?

Dr. Markus Büchler
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchen Städten und Kommunen in Bayern plant die Staatsregierung die Erprobung automatisierten Fahrens im Level 4, nach welchen Kriterien erfolgt die Auswahl der Standorte, und wie sieht der zeitliche Fahrplan für die Umsetzung aus?

Kerstin Celina
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Nachdem die Autobahn GmbH des Bundes im Bereich der Anschlussstelle „Gerchsheim“ an der A81 einen Ersatzneubau des Kreuzungsbauwerks A81/Staatsstraße 578 als notwendig erachtet, der Lückenschluss der Radwegverbindung der Gemeinde Kist (Lkr. Würzburg) und der Gemeinde Großrinderfeld, Ortsteil Gerchsheim (Lkr. Main-Tauber) seit mehreren Jahren erörtert wird und eine Lösung nun dringend nötig ist, frage ich die Staatsregierung, wie weit das Staatliche Bauamt Würzburg mit der von Staatsminister Christian Bernreiter Anfang des Jahres angekündigten Bedarfsprüfung für alle Varianten einschließlich der Radwegführung entlang der Staatsstraße 578 ist (bitte Ergebnisse der Prüfung angeben), was vonseiten der Staatsregierung nach den mittlerweile sicher erfolgten Abstimmungsgesprächen mit dem baden-württembergischen Verkehrsministerium nun planerisch erfolgen muss (bitte auch Kostenschätzung und möglichen Finanzierungstopf angeben) und inwieweit der Freistaat Bayern als Baulastträger der Staatsstraße in die Planungen für die Brückenerneuerung eingebunden ist, auch um zu verhindern, dass nachträglich eine eigene, teure Brücke gebaut wird, sollten die Untersuchungen und Bedarfsprüfungen zeigen, dass eine Verbreiterung der neuen Autobahnbrücke nicht nur möglich, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll gewesen wäre?

Maximilian Deisenhofer
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Menschen in Bayern wurden in Anlehnung an den jüngsten ZIS-Jahresbericht³ während des Fußball-Spielbetriebs der ersten drei Ligen in den vergangenen fünf Spielzeiten verletzt, wie viele Strafverfahren leiteten die bayerischen Polizeibehörden im Zusammenhang mit dem Ligaspielbetrieb und dem DFB-Pokal in dieser Zeit ein und wie hat sich das Publikumsaufkommen über die fünf Saisons hinweg entwickelt (bitte alle Angaben jeweils nach Saison aufgeschlüsselt)?

³ <https://lzp.d.polizei.nrw/artikel/zis-jahresbericht>

Gülseren Demirel
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Maßnahmen hat die interministerielle Arbeitsgruppe, die im Zuge tragischer Gewalttaten psychisch erkrankter Menschen in mehreren deutschen Städten gegründet wurde, erarbeitet, wie genau werden sie umgesetzt, welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung nach dem Urteil gegen einen Ermittlungsbeamten im Fall des späteren Attentäters in Aschaffenburg um die Sicherheit zu erhöhen (das Amtsgericht Alzenau hatte am 28.10.2025 einen Polizeibeamten zu einer Haftstrafe von fünf Monaten verurteilt – wegen Strafvereitelung im Amt)?⁴

Rene Dierkes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Erkenntnisse hat die Staatsregierung zum Ermittlungsverfahren wegen eines versuchten Tötungsdeliktes zum Nachteil einer 36-jährigen Vietnamesin in der 42. Kalenderwoche 2025, begangen auf dem Anwesen in der Sebastian-Bauer-Str. 8, 81737 München, aus welchen Gründen hat die Staatsanwaltschaft das komplette Gebäude bis heute beschlagnahmt und warum wurde den sich dort in den ersten ca. 2 Wochen befindlichen und offensichtlich nicht artgerecht gehaltenen Katzen, die aus nicht nachvollziehbaren Gründen von den Polizeibeamten nicht sofort in eine Obhut für Tiere untergebracht wurden, nicht zumindest ein Katzenklo zur Verfügung gestellt, sodass die Tiere nun im beschlagnahmten Gebäude auf dem Boden Kot verrichtet und Harn gelassen haben, was mutmaßlich zu Beschädigungen der Bausubstanz geführt hat?

Christiane Feichtmeier
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet die Staatsregierung die Ergebnisse der Potenzialanalyse für die Fuchstalbahn (1 392 Personenkilometer pro Streckenkilometer), welches weitere Vorgehen plant sie diesbezüglich konkret und welche Kostenannahmen bestehen derzeit bezüglich einer Reaktivierung (ggf. auch abrufbare Förderprogramme angeben)?

Patrick Friedl
(BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Da im Gesetzentwurf der Staatsregierung vom 19.11.2025 (Drs. 19/8947) zur Änderung des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) und weiterer Rechtsvorschriften eine Verwendung des Wasserentnahmeentgelts ausschließlich für Maßnahmen des effektiven Wasser- und Trinkwasserschutzes sowie der nachhaltigen Wasserbewirtschaftung genannt wird, wobei in der Begründung jedoch eine Verwendung „insbesondere für Maßnahmen des Trinkwasserschutzes und der langfristigen Wassersicherheit in Bayern“ genannt wird und weiterhin in Punkt 11, zu Art. 43 dem technischen Hochwasserschutz ein überragendes öffentliches Interesse eingeräumt wird, während der natürliche Hochwasserschutz nicht ausdrücklich genannt wird und im Rahmen der Hochwasservorsorge als nachrangig bewertet wird, frage ich die Staatsregierung, welche Maßnahmen, aufgegliedert nach ihrer Art und dem Grad des Vorrangs, die Staatsregierung durch das Wasserentnahmeentgelt finanzierbar sieht, auch im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Mittelvergabe (mit der Bitte um explizite Bewertung, auch in der jeweiligen Vorrangigkeit von Infrastruk-

⁴

<https://www.br.de/nachrichten/bayern/messerangriff-in-aschaffenburg-urteil-gegen-polizisten,V0UpR6v>

turmaßnahmen wie technischem Hochwasserschutz, natürlichem Hochwasserschutz, den Wasser- und Bodenverbänden sowie z. B. der SüSWasser-Infrastruktur), in welchem Umfang die zentralen Erkenntnisse der „Expertenkommission Wasser“, insbesondere in Bezug auf den Schutz des Trinkwassers und die Größe der bayerischen Wasserschutzgebiete, auch mit Blick auf die Trinkwassereinzugsgebieteverordnung (TrinkwEGV), in die aktuelle Gesetzesnovelle einbezogen wurden, und wie sichergestellt wird, dass der Wassernutzung aus Regenrückhalt z. B. aus Zisternen und Schwammlandschaftselementen, in der Landwirtschaft, durch Wasser- und Bodenverbände oder im Bereich eigener staatlicher Liegenschaften und Bauten vor der Wassernutzung aus Oberflächengewässern, Brunnen, bzw. der allgemeinen Trinkwasserversorgung der Vorrang gegeben wird?

Barbara Fuchs
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe hat die KUKA SE & Co. KGaA in den letzten zehn Jahren finanzielle Mittel durch den Freistaat erhalten (bitte einzeln auflisten), in welcher Höhe wurde das Ausbildungszentrum der KUKA SE & Co. KGaA gefördert und in welcher Höhe plant der Freistaat staatliche Unterstützung über Forschungsförderung und Transformationsmaßnahmen für die KUKA SE & Co. KGaA zu leisten?

Mia Goller
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen konkreten Gründen der „Digitale Waldlehrpfad“ in Gern/Eggenfelden derzeit nicht genutzt werden kann, welche Maßnahmen zur Wiederaufnahme und nachhaltigen Fortführung dieses wichtigen Projekts ergriffen werden und ob es in Bayern vergleichbare Projekte gibt, die ebenfalls eingestellt oder in ihrer Nutzung eingeschränkt wurden?

Sabine Gross
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Förderanträge wurden durch das „Herbstpaket“ bewilligt (bitte mit Angabe des Einreichungsdatums des jeweiligen Antrags, der Höhe der bewilligten Fördermittel und der Anzahl der geförderten Wohneinheiten), nach welchen Kriterien erfolgte die Priorisierung der bewilligungsreifen Anträge und wie viele Projekte mit vorzeitigem Maßnahmenbeginn gingen bezüglich des Herbstpaketes leer aus?

Volkmar Halbleib
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Stellen (Vollzeitäquivalente) gibt es in den bayerischen Ausländerbehörden (Landratsämter / kreisfreie Städte, Bezirksregierungen, Landesämtern) und wie viele davon sind wie lange bereits unbesetzt?

Andreas Hanna-Krahl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie bewertet sie die Notwendigkeit einer Kofinanzierung zur Umsetzung von Modellvorhaben gemäß § 123 Elftes Buch Sozialgesetzbuch (SGB XI) (bitte auch auf die Entscheidungen hinsichtlich der Gesamtfördersumme eingehen), welche Modellvorhaben nach § 123 SGB XI wurden bisher im Freistaat beantragt und bewilligt (bitte auf Projekt, Landkreis sowie auf die Fördersumme eingehen) und welche Maßnahmen hat die Staatsregierung bisher unternommen, um über die Möglichkeit der Fördermöglichkeiten zu informieren?

Andreas Jurca

Ich frage die Staatsregierung, ob und in welcher Form der bayeri-

(AfD)	sche Justizminister in die Hausdurchsuchungen bei den Abgeordneten Andreas Jurca und Raimond Scheirich eingebunden war, insbesondere ob er über die Maßnahmen vorab informiert war, diese veranlasst oder hierzu Weisungen erteilt hat (bitte auch auf personelle und finanzielle Ressourcen, einschließlich des Einsatzes von Polizeibeamten, Staatsanwälten und sonstigen Kräften, die für die Durchführung der Durchsuchungen verwendet wurden, eingehen und auf den Umfang der dadurch entstandenen zusätzlichen Kosten für den Freistaat eingehen)?
Paul Knoblach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, wann wird das für Anfang 2025 angekündigte hydrologische Gutachten des Landesamts für Umwelt über das Schwarze Moor in der bayerischen Rhön veröffentlicht, welche konkreten Maßnahmen leitet die Staatsregierung aus dem Gutachten ab und wann werden diese umgesetzt?
Claudia Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Ich frage die Staatsregierung, welche staatlichen Grundstücke von im Sinne der Haushaltsordnung erheblichem Wert oder besonderer Bedeutung plant die Staatsregierung in den kommenden beiden Jahren zu verkaufen, wie soll der Verkauf jeweils durchgeführt werden – Ausschreibung zum Höchstgebot, Erbpacht, Direktverkauf – und wie viele Interessenten für den Kauf haben sich bereits bei den entsprechenden staatlichen Stellen jeweils gemeldet?
Florian Köhler (AfD)	Ich frage die Staatsregierung, vor dem Hintergrund der wachsenden Nutzung von KI-Anwendungen in der bayerischen Verwaltung, welche Maßnahmen sie ergreift, um die Datensouveränität des Freistaates zu gewährleisten und den Abfluss sensibler Bürgerdaten an ausländische Anbieter zu verhindern, ob staatliche und kommunale Stellen derzeit KI-Dienste wie ChatGPT oder andere ausländische Anwendungen sowie externe Server- oder Cloudlösungen nutzen und hierzu verbindliche Dienstanweisungen samt Sanktionsregelungen bestehen und wie viele Fälle bekannt sind, in denen dennoch nicht zugelassene KI-Anbieter verwendet wurden?
Sanne Kurz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Nachdem der Freistaat Bayern aktuell die Förderungen des Ludwig-Erhard-Gipfels, einer Konferenz, die von der Weimer Media Group, einem Unternehmen, das von dem derzeitigen Bundeskulturstatsminister Wolfram Weimer gegründet und an dem er bis vor kurzem noch Anteile gehalten hat, veranstaltet wird, prüft, frage ich die Staatsregierung, welche Compliance-Regelungen dieser Prüfung zu Grunde liegen, unter welchen Bedingungen Förderungen des Freistaates für ähnliche Veranstaltungen vergeben werden (bitte Veranstaltungen inkl. Fördersummen sowie Zielsetzung der Veranstaltung, Zielgruppe, Wirkung und Benefit für Bayern, Teilnehmende etc.) und auf Basis welcher Compliance-Kriterien Ministerpräsident Dr. Markus Söder über die Teilnahme und Schirmherrschaft für eine solche Veranstaltung entscheidet?
Eva Lettenbauer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Wie beurteilt die Staatsregierung die Empfehlung der Amtschefkonferenz der 102. Arbeits- und Sozialministerkonferenz, dass

GRÜNEN)

Essenslieferdienste wie Lieferando und Uber Eats ihre Beschäftigten zukünftig direkt anstellen sollen, wird sie einen entsprechenden Vorstoß aus den Ländern Berlin und Hamburg bei der Arbeits- und Sozialministerkonferenz der Länder unterstützen und wenn nein, warum nicht?

Oskar Lipp
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche konkreten Vertreter der Staatsregierung haben im Rahmen des Ludwig-Erhard-Gipfels 2024 und 2025 jeweils an den sogenannten Executive Nights sowie an den als „Bilaterals“ beschriebenen diskreten Nebenzimmertreffen teilgenommen; mit welchen konkreten Vertretern von Wirtschaft, Medien und Nicht-Regierungsorganisation – unter Angabe von Namen, Positionen und zugehöriger Unternehmen/Medium/Organisation – haben sie sich dort jeweils getroffen und welche konkreten Inhalte wurden dabei nach Kenntnis der Staatsregierung jeweils besprochen (bitte umfassend tabellarisch nach Jahr; Executive Night; Bilateral; Name und Position des jeweiligen Vertreters der Staatsregierung; Name und Position des jeweiligen Vertreters der Wirtschaft, Medien, Nicht-Regierungsorganisation; jeweils besprochenen Inhalt auflisten)?

Stefan Löw
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse hat die sie mittlerweile über den Anrufer, der am 16.11.2025 gegen 11 Uhr bei der Polizei anrief und eine Bombendrohung gegen die katholische Kirchengemeinde in Aichach abgab (bitte um Angabe, sofern der Anruf mittlerweile geortet und auf eine bestimmte Person zurückgeführt werden konnte), welchen Grund gab der Anrufer für seine Drohung an (bitte Motivation der Tat angeben, politisch, religiös bzw. islamisch oder privat) und welche Staatsangehörigkeiten besitzt der Anrufer (bitte auch den aufenthaltsrechtlichen Status des Anrufers und ggf. den Zeitpunkt der Einreise nach Deutschland angeben)?

Christoph Maier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Bauanträge wurden im laufenden Jahr 2025 im Landkreis Unterallgäu digital eingereicht, welchem prozentualen Anteil entspricht dies und wie hoch ist der Anteil digital eingereichter Bauanträge im Jahr 2025 in Bayern insgesamt?

Gerd Mannes
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Veranstaltungen (Konzerte, Märkte etc.) wurden nach ihrer Kenntnis in Bayern im Laufe des Jahres 2025 abgesagt, weil die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen zu hoch waren, gegen welche möglichen Gefahren richten sich nach Einschätzung der Staatsregierung die im Regelfall getroffenen Maßnahmen vorrangig und wie will die Staatsregierung verhindern, dass das kulturelle Leben in Bayern durch die allgemeine Sicherheitslage noch weiter eingeschränkt wird?

Johannes Meier
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, welchen konkreten Status hat der Runde Tisch zur Weiterentwicklung von Bürgerentscheiden im Rahmen der Staatsregierung, inwiefern ist aus Sicht der Staatsregierung die Teilnahme von Vertretern aller Landtagsfraktionen außer der AfD rechtlich mit bayerischen und ggf. deutschen Ge-

setzen sowie dem Demokratieverständnis vereinbar und welche konkrete Ergebnisse bzw. Vorschläge liegen vor hinsichtlich der möglichen Einschränkung von Anwohner- und Bürgermitspracherechten, Bürgerbeteiligungen, Bürgerbegehren, Bürgerinitiativen etc. bei Windkraftprojekten, PV-Projekten, Netzausbauvorhaben, Krankenhausschließungen etc.?

Ruth Müller
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, warum befindet sich die Homepage zur Erfassung der Sichtungen der Vespa Velutina im selbsternannten Digitalland Bayern auf einem völlig veralteten Stand der Technik, wie sieht der konkrete Zeitplan zur Neugestaltung der Seite inklusive der Einbeziehung von KI aus und gibt es weitere Service-Webpages von Landesanstalten des Freistaates, die im kommenden Jahr auf den aktuellen Stand der Technik gebracht werden?

Verena Osgyan
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Angesichts der wiederholten öffentlichen Aussage des Ministerpräsidenten, der Freistaat übernehme 80 Prozent der Kosten für den Ausbau des Frankenschnellwegs, frage ich die Staatsregierung, ob sich diese Zusage auf die Gesamt- oder ausschließlich auf die zuwendungsfähigen Kosten bezieht, aus welchen Mittelquellen und in welcher Höhe einschließlich eines möglichen Einsatzes von Landesmitteln oder Teilen des bayerischen Anteils am Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz die Finanzierung erfolgen soll und wie die Staatsregierung sicherstellt, dass für die Stadt Nürnberg und andere kommunal bedeutsame Infrastrukturvorhaben keine finanziellen Nachteile durch nicht zuwendungsfähige Kostenbestandteile, mögliche Kostensteigerungen oder Priorisierungsverschiebungen entstehen?

Tim Pargent
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vor dem Hintergrund, dass „Bayern Innovativ“ den Ludwig-Erhard-Gipfel zwischen 2022 und 2025 mit insgesamt rund 455.000 Euro unterstützt hat (siehe dazu sueddeutsche.de „Bayern zahlte 700.000 Euro für Weimer-Gipfel am Tegernsee“ vom 19.11.2025) und „Bayern Innovativ“ auch aus dem Staatshaushalt finanziert wird, frage ich die Staatsregierung, anhand welcher Kriterien hat „Bayern Innovativ“ über die Unterstützung des Ludwig-Erhard-Gipfels entschieden (bitte pro Jahr, Höhe und Mittelherkunft der jeweiligen Zahlung angeben), welche konkreten Leistungen haben sich aus den Zahlungen ergeben (bitte pro Jahr angeben) und von wem ging jeweils die Initiative zur Unterstützung der Ludwig-Erhard-Gipfels innerhalb und außerhalb von „Bayern Innovativ“ aus?

Julia Post
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sollen nach den Haushaltsplanungen der Staatsregierung die von Staatsministerin Ulrike Scharf erwähnten finanziellen Mittel sein, die zusätzlich zu den Mitteln aus der Streichung des Familiengeldes in einem extra Topf für die, durch Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigten 150 000 neuen Kita-Plätze eingestellt werden sollen (bitte aufschlüsseln nach Haushaltsjahren 2026 und 2027), mit welchen finanziellen Mitteln soll nach den jetzigen Planungen der Staatsregierung ab dem kommenden Jahr die Förderung der Teamkräfte

finanziert werden und wie wird sichergestellt, dass die Investition der Mittel aus der Streichung des Familiengeldes ins Kita-System so zielgerichtet erfolgt, dass tatsächlich wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder es ausdrückt, der Gefahr vorgebeugt wird, dass Kitas wegen zu hoher Betriebskosten aufgeben müssen⁵, wenn der Staatsregierung bisher keine Zahlen dazu vorliegen, wie die einzelnen Kitas wirtschaftlich aufgestellt sind und die Auskunft der Staatsregierung ist, dass die Höhe der Personalkosten sowie der weiteren Betriebskosten und damit die Auskömmlichkeit der gesetzlichen Förderung von vielen Faktoren abhängt, sodass pauschale Aussagen dazu nicht möglich seien (vgl. Schriftliche Anfrage (Drs. 19/6665) der Abgeordneten Julia Post betreffend „Chef-Sache: Kita Krise Bayern I“)?

Anna Rasehorn
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wen meint der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie Hubert Aiwanger mit seiner Aussage in der Kabinetts-Pressekonferenz vom 18.11.2025, wonach „Personen aus der Gesellschaft ausbrechen und dann von mehreren Personen rund um die Uhr betreut werden müssen“, dies „eine halbe Million im Jahr“ koste, „nicht mehr verantwortlich“ sei und man „da ran müsse, sonst können wir diese Party nicht mehr bezahlen“, was genau er mit dieser Formulierung zum Ausdruck bringen wollte und welche konkreten Lösungsvorschläge der Staatsminister für den von ihm beschriebenen Sachverhalt unterbreitet?

Doris Rauscher
(SPD)

Nachdem die Staatsregierung am 11.11.2025 überraschend verkündet hat, das geplante Kinderstartgeld nicht einzuführen und stattdessen die frei werdenden Mittel in die Betriebskostenfinanzierung der Kindertageseinrichtungen zu investieren, frage ich die Staatsregierung, welche konkreten Einsparungen durch den Verzicht auf das Kinderstartgeld, das Familien- und das Krippengeld für die Haushaltsjahre 2026 bis 2030 entstehen (bitte jährliche Beträge sowie die Gesamtsumme bis 2030 aufgeschlüsselt angeben), mit welchen Annahmen zur Betriebskostenentwicklung der Kindertageseinrichtungen die Staatsregierung bei ihrer Entscheidung zur „Umschichtung“ der Mittel gearbeitet hat (bitte die Höhe der derzeitigen staatlichen Betriebskostenförderung für 2025 in absoluten Zahlen ausweisen sowie die angenommene oder geplante Entwicklung der staatlichen Betriebskostenförderung für die Jahre 2026 bis 2030 mit den entsprechenden absoluten Beträgen pro Jahr darlegen) und wie sich die prozentuale Aufteilung der Betriebskostenfinanzierung zwischen Freistaat und Kommunen durch diese Entscheidung verändert (bitte die bisherige prozentuale Aufteilung für 2025 sowie die künftig erwartete prozentuale Aufteilung für die Jahre 2026 bis 2030 darlegen)?

Markus Rinderspacher
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, in welcher Höhe hat die Staatsregierung die chinesischen Konfuzius-Institute in Bayern seit 2023 gefördert (bitte nach Jahren, Finanzmitteln, Personalstellenförde-

⁵

<https://www.bayerische-staatszeitung.de/staatszeitung/landtag/detailansicht-landtag/artikel/spar-haushalt-soeder-setzt-rotstift-bei-kinderstartgeld-und-beamtensalaer-an.html#topPosition>

rung, Grund-und Mietfinanzierung und Instituten aufgeschlüsselt angeben), in welcher Höhe beabsichtigt sie, die chinesischen Konfuzius-Institute in Bayern in den Jahren 2026 ff. zu fördern (bitte nach Jahren, Finanzmitteln und Instituten aufgeschlüsselt angeben), wie schützen sich bayerische Hochschulen vor chinesischer Spionage?

Toni Schuberl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da laut Stellungnahme der Staatsregierung zur Petition VF.0474.19 das Strafgericht eine Fesselungsanordnung nicht nur für die Sitzung, sondern auch für den Transport zum Gericht anordnen kann und bei fehlender Anordnung die zuständigen Polizeibeamtinnen und -beamten bzw. Justizbeamtinnen und -beamten entscheiden müssen, frage ich die Staatsregierung, ob ein Strafgericht auch explizit die Nichtfesselung beim Transport anordnen kann, wie die vorgeführte Person ihre Fesselung während des Transports gerichtlich überprüfen kann, insbesondere wenn diese auf eine Entscheidung durch die Vorführbeamtinnen und -beamten zurückgeht, und inwiefern werden die zuständigen Beamtinnen und Beamten über ihren Entscheidungsspielraum geschult?

Stephanie Schuhknecht
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, mit welchen finanziellen Zuwendungen durch Bund und Freistaat können die sechs ausgewählten bayerischen Modellkommunen jeweils rechnen, wer entscheidet vor Ort über die jeweilige Verwendung dieser Mittel und welche nachhaltigen Verbesserungen bei der Verwaltungsdigitalisierung verbleiben jeweils dauerhaft bei den sechs Modellkommunen (bitte jeweils auf Hardware, Software und Personal eingehen)?

Katharina Schulze
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, plant die sie die Veräußerung der derzeit vom Landesamt für Maß und Gewicht (LMG) genutzten Immobilien an der Frank-Schrank-Straße in München, dem ehemaligen Max-Planck-Institut für Physik in München Föhringer Ring, wie soll der Verkauf durchgeführt werden – Ausschreibung zum Höchstgebot, Erbpacht, Direktvergabe – und wie viele Interessenten für den Kauf haben sich bereits bei den entsprechenden staatlichen Stellen gemeldet?

Florian Siekmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ob es zutreffend ist, dass die Staatsregierung dem Projekt Tram-Westtangente der Landeshauptstadt München nur 10 Prozent statt 15 Prozent Zuschuss aus FAG-Mitteln (FAG = Finanzausgleich) gewähren will, welche weiteren bayerischen ÖPNV-Projekte sowie -Programme von Kürzungen betroffen sind und mit welchem Fördersatz in den vergangenen fünf Jahren jeweils ÖPNV-Projekte in München durch den Freistaat bezuschusst wurden?

Ursula Sowa
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, in welchem Umfang ist die Staatsmittelförderung für den Leistungssport im Jahr 2025 gegenüber 2024 zurückgegangen, welche Sportfachverbände sind von dieser negativen Entwicklung betroffen und inwiefern beabsichtigt die Staatsregierung, den Leistungssport in 2026 zumindest wieder auf dem Niveau von 2024 zu fördern?

Martin Stümpfig
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, ist nach ihrer Kenntnis in Kanada ein Atomreaktor nach der Bauweise eines „Small Modular Reactors“ (SMR) in Betrieb, nachdem Ministerpräsident Dr. Markus Söder im Welt-Interview vom 15.11.2025 dies mit den Worten „ich spreche von kleineren, smarten Reaktoren, wie es sie in Kanada bereits gibt“ ausgesprochen hat, falls ja, wann wurde dieser sogenannte Mini-Meiler nach Kenntnis der Staatsregierung in Kanada in Betrieb genommen und ab welchen Stückzahlen würden diese Atomreaktoren nach Schätzung der Staatsregierung wirtschaftlich werden?

Arif Taşdelen
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie hoch sind auf der Grundlage der aktuellen Oktobersteuerschätzung die Steuermehreinnahmen (gegenüber dem Sollansatz im Haushaltsjahr 2025) für den Freistaat und wie wurden/werden sie verwendet (z. B. für die Haushaltssicherungs-, Kassenverstärkungs- und Bürgschaftssicherungsrücklage) und in Höhe welcher Eurobeträge könnte sich Bayern in den Haushaltsjahren 2026 und 2027 jeweils verschulden (Nettokreditaufnahme), wenn die neuen Möglichkeiten der Länder für strukturelle Verschuldung (0,35 Prozent am Bruttoinlandsprodukt für die Ländergesamtheit, davon 15,815 Prozent für Bayern) in vollem Umfang genutzt werden?

Matthias Vogler
(AfD)

Ich frage die Staatsregierung, wie beurteilt sie bzw. der Staatsminister für Wissenschaft und Kunst Markus Blume die Durchführung einer Veranstaltung an neutralen Hochschulen wie der Technischen Hochschule Nürnberg Georg Simon Ohm, durch eine radikale Gruppe namens „SOS gegen rechts“, die u. a. am 07.11.2025 um 19:00 Uhr zu einer Veranstaltung in der Hochschule gegen die AfD und deren Jugendorganisation geladen hatte, und wie verträgt sich diese scheinbar erlaubte Betätigung mit der neutralen Lehre und Meinungsfreiheit an Hochschulen generell, und wie wird sichergestellt, dass es an allen Hochschulen keine Veranstaltungen linksradikaler Kräfte (Extremisten allgemein) an den Hochschulen gibt oder weiter geben wird?

Ruth Waldmann
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, wie viele Anfragen von Menschen mit Behinderung in Bayern liegen vor, die ihre Assistenzhunde derzeit nicht prüfen lassen können, weil seit April 2024 bundesweit keine Zertifizierungsstelle für Ausbildungsstätten mehr existiert, welche Initiativen die Staatsregierung auf Bundesebene plant, um diese Blockade zu beenden und ob der Freistaat Bayern übergangsweise eine eigene Härtefallregelung schaffen kann, damit nachweislich qualifiziert ausgebildete Assistenzhunde gemäß § 12e Abs. 3 Behindertengleichstellungsgesetz anerkannt werden können?

Laura Weber
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach der aufdeckenden Recherche von Correctiv zum Thema illegale Gips-Verbringung nach Tschechien durch ein bayerisches Unternehmen⁶ frage ich die Staatsregierung, ist das Unternehmen

⁶ die Berichterstattung findet sich hier: <https://correctiv.org/aktuelles/europa-aktuelles/2025/11/17/weisses-gold-verscharrt-statt-recycelt/>

den Behörden bekannt (wenn ja, bitte Nennung seit wann und ob dieses auch staatliche Förderungen bekam/bekommt), was wurde und wird gegen die illegale Gips-Verbringung getan und wird die Gewerbeerlaubnis des Unternehmens aufgrund der Enthüllungen entzogen?

Dr. Sabine Weigand
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Vertreter der Kirchen, welche Abteilung(en) des Landesamtes für Denkmalpflege und welche weiteren Vertreter von Organisationen, Behörden und Vereinen sollen sich bei einem von der Staatsregierung veranstalteten Runden Tisch zur Zukunft von Kirchenbauten treffen (bitte Organisationen, Behörden und Vereine benennen, Zeitpunkt des anvisierten Treffens und auf geplante Verstärkung dieser Treffen eingehen)?

Katja Weitzel
(SPD)

Ich frage die Staatsregierung, aus welchen Gründen darf ein bautechnisch verbrauchtes und nachweislich von massivem Schimmelbefall betroffenes Gebäude zu einem regulären Mietwohnsatz als Wohnraum für Studierende ausgewiesen werden, welche staatlichen oder aufsichtsrechtlichen Stellen für diese Entscheidung beziehungsweise deren Billigung verantwortlich sind und ob seitens der Staatsregierung oder des Studierendenwerks geplant ist, die Unterkunft bis zum geplanten Neubau weiterhin zu nutzen?

Christian Zwanziger
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage die Staatsregierung, wie wirkt sich die für 2026 und 2027 vorgesehene Erhöhung der Verbundquote im kommunalen Finanzausgleich auf die Finanzkraft Bayerns im System des Länderfinanzausgleichs aus, inwieweit sinkt dadurch die für den Länderfinanzausgleich relevante Steuerkraft des Landes und inwieweit steigt die für den Länderfinanzausgleich relevante Steuerkraft der bayerischen Kommunen?